

Mitarbeiter der Alten- und Krankenpflege beklagen schlechte Arbeitsbedingungen

Im Rahmen einer aktuellen Sonderauswertung des DGB-Index „Gute Arbeit“ im Auftrag der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) wird die allgemein bekannte und häufig diskutierte Mitarbeiter (un-)zufriedenheit in Alten- und Krankenpflege zahlenmäßig belegt.

Im bundesweiten Vergleich aller Berufsgruppen beurteilen die Beschäftigten in Alten- und Krankenpflege ihre Arbeitsbedingungen deutlich schlechter als der Durchschnitt. Dies schließt auch die Entlohnung ein.

So beschreiben in der Krankenpflege 47% der Befragten sowohl Arbeit, als auch Einkommen als „mittelmäßig“, 46% schätzen Arbeits- und Einkommenssituation sogar als „schlecht“ ein.

Diese Einschätzung wird von den Befragten der Altenpflege noch übertroffen. Hier betrachten mehr als die Hälfte (52%) Arbeitsbedingungen und Einkommen als "schlecht", 36% empfinden ihre Arbeits- und Einkommenssituation als „mittelmäßig“.

Hauptkritikpunkte der Befragten sind die geringe Bezahlung, die belastende Arbeitsintensität und die zu geringen Aufstiegsmöglichkeiten.

Zusätzlich zu dieser Einschätzung überschreiten die Beschäftigten der Krankenpflege die vereinbarte Wochenarbeitszeit (40,1 Std. Männer, 39,1 Std. Frauen) im Schnitt um rund 10%, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Altenpflege um 11%.

Aufgrund der hohen Arbeitsbelastung und zeitlichen Intensität erwarten über die Hälfte der Beschäftigten, ihre Tätigkeit nicht bis zum Eintritt des Rentenalters ausüben zu können (Krankenpflege 57%, Altenpflege 51%).

ver.di-Bundesvorstandsmitglied Ellen Paschke kommentiert dieses Ergebnis wie folgt:

"Die Arbeitsbelastung in den Pflegeberufen ist nur noch schwer erträglich. Immer weniger Menschen ergreifen diesen schlecht bezahlten Stress-Beruf. Ein Pflegenotstand ist nur noch abwendbar, wenn deutlich mehr Personal zur Bewältigung der Arbeit eingestellt, die Arbeitsbelastung drastisch reduziert und die Einkommensbedingungen spürbar verbessert werden"

Die Auswertung und das Resümee von Frau Paschke sind unter www.verdi.de einsehbar.

Leider nennt auch Frau Paschke keine Lösungsvorschläge zu den Fragen, woher die Finanzierungsmittel kommen sollen oder wo ausreichend qualifiziertes Personal, insbesondere für den ambulanten Bereich, gefunden werden kann.

Somit liefert auch diese Sonderauswertung lediglich Daten zu Themenbereichen, die den Arbeitgebern der ambulanten und stationären Pflege längst bekannt sind. Doch dieses Thema ist längst ein politisches geworden.

Umso erstaunlicher ist es, dass ca. die Hälfte aller Befragten unzufrieden mit den oben genannten Parametern sind, aus eigener Initiative aber nichts unternommen wird. Nur ca. 10% aller Pflegepersonen sind berufspolitisch organisiert (vgl. M. Mauritz, DbfK 07, www.inga.de)

Nur die bundesweite Zusammenarbeit beruflich Pflegenden kann Forderungen nach Finanzierungsmitteln für mehr Gehalt und Personal auf politischer Ebene durchsetzen. Solange nur geklagt, aber von 90% der Pflegenden nichts unternommen wird, scheint der Leidensdruck immer nicht hoch genug.

Quelle: Kreile Pflegefortbildung & Beratung

Hamburg und Bremen im Mai 2009